

## Familien-Bündnis sucht Hilfe

### Konzeptpapier fordert hauptamtliche Fachkraft / Keine Basis für Vereinsgründung

**Die Suche nach geeigneten und bezahlbaren Räumlichkeiten und die Ankündigung von Sprecherin Dörte Worm, ihr Amt aus beruflichen Gründen abzugeben, haben beim Bündnis für Familie zu einer generellen Neuausrichtung geführt. Strukturell will man sich künftig stärker an den Nachbarbündnissen in Nordrhein-Westfalen orientieren, die grundsätzlich an bereits bestehende Einrichtungen wie Kindergärten oder Krippen angeknüpft sind.**

**Obernkirchen.** Die Entscheidung, auf bestehende Einrichtungen zu setzen, hat auch pragmatische Gründe: Im Bündnis gibt es keine Basis für eine Vereinsgründung – die aber ist unerlässlich, um Räume für die inhaltliche Arbeit anmieten zu können. Inhaltlich wird bei der strukturellen Neuausrichtung auf sinkende Geburtenzahlen verwiesen: So würden Freiräume in den Einrichtungen entstehen, die sinnvoll genutzt werden könnten. Zudem würden Angebote für Kinder dort offeriert, wo sich die Kinder bereits befinden würden, eine kindgerechte Ausstattung wäre ebenfalls schon vorhanden. Und Angebote für Senioren ließen sich ebenfalls ohne Probleme einrichten. An den verschiedenen Standorten der vorhandenen Einrichtungen könnten diverse Angebote gemacht werden: Somit vernetze sich die Bündnisarbeit und komme auch in die Ortsteile. Regional könnten Schwerpunkte gesetzt werden. Und es bestehe nicht die Schwierigkeit, eine neue Einrichtung erst etablieren zu müssen. Die Trägerschaft der neuen Bündnisarbeit läge dann bei den Kindergärten und den entsprechenden Einrichtungen – ein Vorschlag, der in der Politik und der Verwaltung wohl nicht auf ungeteilte Gegenliebe stoßen wird. Es wäre eine Arbeit, die ehrenamtlich nicht mehr geschafft werden kann, betont das Bündnis in einem Konzeptpapier: Es sei unverzichtbar, eine Fachkraft einzustellen, damit eine qualifizierte Arbeit entsprechende Ergebnisse zeigt. Eine gute Möglichkeit wäre es, eine bereits vorhandene Stelle, die durch sinkende Kinderzahlen gefährdet sei oder gestrichen werde, einfach umzuwidmen. Die Stadt würde bei einer derartigen Lösung auch sparen: die beträchtlichen Kosten für die Anmietung einer Immobilie und deren Umbau sowie Einrichtung. Das Bornemann-Gebäude, das an den Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes verkauft werden soll, wird innerhalb des Bündnisses als diskutabile Alternative gehandelt: Geprüft werden soll, ob hier genug Platz ist für DRK, Bündnis und Senioren. Einen Multifunktionsraum hätte gern die Stadt Obernkirchen. Wie Bürgermeister Oliver Schäfer bestätigte, sei bei den Verhandlungen mit dem DRK deutlich geworden, dass der Kreisverband „nicht alle Flächen ausschöpfen wird“, also Räume abgegeben werden könnten. rnk